

## Ostasiens Mittelmeer (I) 08.06.2016

**BERLIN/WASHINGTON** (Eigener Bericht) - In der EU beginnt eine Debatte über gemeinsame Marinepatrouillen im Südchinesischen Meer. Dies geht aus Berichten vom "Shangri-La Dialogue", einer am Wochenende durchgeführten hochkarätigen Konferenz zur Außen- und Militärpolitik in Asien, hervor. Hintergrund sind die schnell eskalierenden Auseinandersetzungen zwischen dem Westen und der Volksrepublik China um die "Navigationsfreiheit" im Südchinesischen Meer. Sie knüpfen an Territorialstreitigkeiten um dortige Inseln und Inselgruppen an, bei denen sich die meisten Anrainer als Rivalen gegenüberstehen. Während die Philippinen und Vietnam schon vor Jahrzehnten begonnen haben, militärische Stützpunkte auf einzelnen Inseln zu errichten, zieht die Volksrepublik China seit einigen Jahren nach - und wird dafür von den NATO-Staaten einseitig kritisiert. Obwohl der chinesische Stützpunktbau laut einer Analyse der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) erkennbar defensive Ziele verfolgt, rüsten die NATO-Mitglieder, darunter auch die Bundesrepublik, Anrainer des Südchinesischen Meeres auf - gegen China.

### Ein Drittel des Welthandelsvolumens

Die Bedeutung des Südchinesischen Meeres für die Staatenwelt Ost- und Südostasiens vergleichen Experten zuweilen mit derjenigen des Mittelmeers für Europa. Seit je hat es, sich von Singapur, Malaysia und Indonesien im Südwesten und Süden über die Gewässer zwischen Vietnam und den Philippinen nach Norden bis nach China erstreckend, den Handel zwischen den Anrainerstaaten ermöglicht und gefördert. Vor allem der Boom der Volksrepublik, aber auch das dynamische Wirtschaftswachstum weiterer Länder der Region haben seine Bedeutung für die Weltwirtschaft Schritt um Schritt ansteigen lassen. Heute durchqueren es jährlich rund 60.000 Handelsschiffe mit Gütern im Wert von 5,3 Billionen US-Dollar; "das entspricht fast einem Drittel des Welthandelsvolumens", bilanziert die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).[1] Dabei werden durch die Straße von Malakka zwischen Singapur, Malaysia und Indonesien, "das Eingangsportal zum Südchinesischen Meer" (SWP), mehr als ein Drittel der weltweiten Rohöllieferungen und die Hälfte der globalen Flüssiggaslieferungen aus Afrika und dem Mittleren Osten nach Ostasien transportiert; auf diesem Weg beziehen Japan 60 Prozent seiner Öleinfuhren, Südkorea 66 Prozent und die Volksrepublik China sogar 80 Prozent. "Wer dieses Meer beherrscht, kontrolliert einen entscheidenden Teil der Weltwirtschaft", resümiert die SWP.

### Befestigungen und Landebahnen

Diese Ausgangssituation sowie die Tatsache, dass unter dem Boden des Südchinesischen Meeres umfangreiche Erdöl- und Erdgasvorräte vermutet werden [2], haben der Frage, welchem Staat die zahlreichen winzigen Inseln und Inselgruppen in dem Gewässer gehören, neues Gewicht verliehen. Gebietsansprüche erheben außer Singapur und Indonesien sämtliche Anrainer: Malaysia, das Sultanat Brunei, Vietnam, die Philippinen, die Volksrepublik China und Taiwan. "Außer Brunei haben alle Staaten, die Gebietsansprüche erheben, auf Inseln und Korallenriffen diverse Gebäude errichtet und zum Teil militärisch gesichert", schreibt die SWP: "Im Falle Vietnams betrifft dies 26 Inseln und Riffe, bei den Philippinen zehn, bei China acht, Malaysia sieben und Taiwan zwei." [3] Von einem chinesischen Alleingang bei der Inbesitznahme und militärischen Befestigung einiger Inseln kann also keine Rede sein. Im Gegenteil: Andere Anrainer haben schon vor Jahrzehnten auf von ihnen beanspruchten Inseln militärisch nutzbare Landebahnen errichtet. Schon 1994 notierten Experten, Vietnam habe auf einer der Spratly-Inseln, die es unter dem Namen Truong Sa für sich reserviere, eine Landebahn gebaut, während die Philippinen dasselbe auf einer anderen Spratly-Insel getan hätten, die auf Filipino Pagasa genannt werde.[4] Taiwan hat von 2005 bis 2008 auf der Spratly-Insel Taiping Dao eine Landebahn errichtet, auf der sein Präsident am 2. Februar 2008 in einem Militärtransporter C-130 aus dem Hause Lockheed landete - in einem Akt eigenmächtiger Hoheitsdemonstration [5]: Anspruch auf Taiping Dao

erheben auch die Volksrepublik China, Vietnam und die Philippinen.

### **In defensiver Absicht**

Seit einigen Jahren zieht die Volksrepublik China nach - und hat nun begonnen, ebenfalls einzelne Inseln und Riffe aufzuschütten und sie teilweise militärisch zu befestigen. "China hat sich bei seinem Vorgehen in der Region keineswegs ungewöhnlich verhalten", räumt die SWP ein, wenngleich sie die Auffassung vertritt, Beijing lege bei seinen Aufholmaßnahmen ein überdurchschnittlich hohes Tempo an den Tag.[6] Dies hat offenbar in hohem Maß mit militärstrategischen Erwägungen zu tun. Mit der militärstrategischen Bedeutung der chinesischen Baumaßnahmen hat sich die SWP bereits im Herbst in einer eigenen Analyse befasst. Demnach ergibt die Befestigung der winzigen Inseln, die im Falle eines Konflikts mit den Vereinigten Staaten nicht zu verteidigen seien und womöglich sogar zu einer "operativ-strategischen Belastung" werden könnten, "im Hinblick auf eine offensive 'grand strategy' ... wenig Sinn".[7] Umgekehrt aber seien potenzielle US-Aggressionen gegen China nach einer Vollendung der Inselbefestigungen "mit höheren militärischen und damit auch politischen Kosten verbunden"; die Baumaßnahmen seien also aus Sicht der Volksrepublik "eine sinnvolle Maßnahme zum Schutz des Status quo durch Abschreckung". Das Bild von einem aggressiv operierenden China, das mit der Errichtung von Militäranlagen im Südchinesischen Meer auf militärische Expansion ziele und dabei "nach der Schrittfolge eines Masterplans" vorgehe, müsse man "zumindest hinterfragen".

### **Gegen China**

Im Streit darum, welcher Staat mit Recht Ansprüche auf die Inseln und Inselgruppen im Südchinesischen Meer erheben darf, legen die westlichen Mächte sich bislang noch nicht offiziell fest. Die SWP hält fest, die Vereinigten Staaten mahnten, "Territorialkonflikte im Südchinesischen Meer friedlich auszutragen", bezögen jedoch "keine Position zu den unterschiedlichen Ansprüchen der Anrainerstaaten".[8] In der Praxis werden allerdings in Washington wie auch in Berlin einseitig Beschwerden über die Maßnahmen der Volksrepublik China im Südchinesischen Meer erhoben. So hieß es zuletzt in einer Stellungnahme der G7-Außenminister vom 11. April, man sei "besorgt über die Lage im Ost- und Südchinesischen Meer"; man drücke daher "starken Widerstand gegen alle einschüchternden, Zwang ausübenden oder provozierenden unilateralen Handlungen aus, die den Status quo ändern und die Spannungen vergrößern könnten".[9] Insbesondere müssten sämtliche Bestrebungen, "Land zu gewinnen" oder "Außenposten zu schaffen", unterbleiben. Dass die formell allgemein gehaltene Stellungnahme tatsächlich gegen Beijing gerichtet gewesen sei, sei aus chinesischer Sicht "relativ klar und einfach zu identifizieren" gewesen, räumte wenig später Felix Heiduk, ein Asien-Experte der SWP, ein: "Das Vorgehen Chinas ist bereits zuvor von nahezu allen Außenministerien der G7-Mitgliedsstaaten direkt kritisiert worden."[10]

### **Zurück in Cam Ranh Bay**

Hinzu kommt, dass die USA, aber auch Deutschland in jüngster Zeit militärische Kooperationen mit Chinas südostasiatischen Rivalen aufgenommen sowie diese militärisch aufzurüsten begonnen haben. Zuletzt hat US-Präsident Barack Obama Ende Mai bei einem Besuch in Vietnam angekündigt, das Waffenembargo gegen das Land vollständig aufzuheben.[11] Die U.S. Navy und die vietnamesische Marine führen schon seit Jahren gemeinsame Übungen durch; diese sollen nun ausgeweitet werden. Im Gegenzug gegen Waffenlieferungen verlangt Washington unter anderem Zugang zum Hafen Cam Ranh Bay, dem besondere strategische Bedeutung beigemessen wird. Die U.S. Navy nutzte ihn bereits Anfang der 1970er Jahre im Vietnam-Krieg.[12] Militärkooperation und Aufrüstung verschärfen die Spannungen zwischen Vietnam und der Volksrepublik China, die ohnehin seit geraumer Zeit zunehmen.

### **Rüstungsexporte**

Deutschland wiederum tut sich bislang vor allem mit Rüstungsexporten an Anrainerstaaten des Südchinesischen Meeres hervor. So findet sich Singapur, ein enger Kooperationspartner Berlins und Washingtons, in den deutschen Rüstungsexportberichten schon seit Jahren unter den Top Ten der Empfänger deutschen Kriegsgeräts. 2014 rangierte es mit Kaufgenehmigungen im Wert von fast einer Drittmilliarde Euro auf Platz drei. Indonesien, das sich im Jahr 2013 Waffenlieferungen im Wert von fast 300 Millionen Euro hatte genehmigen lassen (Platz fünf), lag 2014 mit Genehmigungen im Wert von mehr als 100 Millionen Euro immerhin noch auf Platz neun. Knapp hinter ihm lag mit Genehmigungen für die

Lieferung von Kriegsgerät im Wert von ebenfalls mehr als 100 Millionen Euro das Sultanat Brunei; auch Brunei erhebt Anspruch auf Inseln im Südchinesischen Meer. Zusätzlich kooperiert die Bundeswehr mittlerweile mit den Streitkräften Singapurs [13] und hat erste Beziehungen zu den Streitkräften Vietnams [14] aufgenommen.

### **EU-Marinepatrouillen**

Zu den Territorialstreitigkeiten im Südchinesischen Meer kommt inzwischen noch ein weiterer Konflikt hinzu, dessen Eskalationspotenzial wohl noch höher anzusetzen ist: der Konflikt zwischen der Volksrepublik China und den NATO-Mächten um die sogenannte Navigationsfreiheit, ebenfalls im Südchinesischen Meer. Um die "Navigationsfreiheit" durchzusetzen, werde Frankreich seine Marinepräsenz im Südchinesischen Meer ausbauen, kündigte am Wochenende der französische Verteidigungsminister Jean-Yves Le Drian bei der diesjährigen "Shangri-La Dialogue"-Konferenz in Singapur an. Dabei soll auch die EU eine Rolle spielen. german-foreign-policy.com berichtet am morgigen Donnerstag.

[1] Michael Paul: Eine "Große Sandmauer" im Südchinesischen Meer? Politische, seerechtliche und militärische Aspekte des Inselstreits. SWP-Studie S 9, Mai 2016.

[2] Die U.S. Energy Information Administration (EIA) rechnet mit elf Milliarden Barrel Erdöl und 190 Billionen Kubikfuß Erdgas; chinesische Schätzungen liegen teilweise deutlich höher. U.S. Energy Information Administration: South China Sea. 07.02.2013.

[3] Michael Paul: Eine "Große Sandmauer" im Südchinesischen Meer? Politische, seerechtliche und militärische Aspekte des Inselstreits. SWP-Studie S 9, Mai 2016.

[4] Carl Grundy-Warr: Eurasia. World Boundaries. Volume III. New York 1994. Hier: S. 186.

[5] Cheng-yi Lin: Taiwan's Spratly Initiative in the South China Sea. Jamestown Foundation: China Brief. Volume 8. Issue 4. 29.02.2008.

[6] Michael Paul: Eine "Große Sandmauer" im Südchinesischen Meer? Politische, seerechtliche und militärische Aspekte des Inselstreits. SWP-Studie S 9, Mai 2016.

[7] Christian Becker: Die militärstrategische Bedeutung des Südchinesischen Meeres. Überlegungen zum chinesischen Kalkül im Inselstreit. SWP-Aktuell 82, September 2015.

[8] Michael Paul: Eine "Große Sandmauer" im Südchinesischen Meer? Politische, seerechtliche und militärische Aspekte des Inselstreits. SWP-Studie S 9, Mai 2016.

[9] G7 Foreign Ministers' Statement on Maritime Security. April 11, 2016. Hiroshima, Japan.

[10] Hans Spross: "G7 über Lösungsweg im Südchinesischen Meer nicht einig". www.dw.com 12.04.2016.

[11] David Nakamura: In historic move, U.S. lifts embargo on arms sales to Vietnam. www.washingtonpost.com 23.05.2016.

[12] David Larter: U.S. deepens military ties with former foe Vietnam. www.navytimes.com 23.05.2016.

[13] S. dazu [Auf dem Weg zu neuen Konflikten](#) .

[14] S. dazu [Verbündete gegen Beijing](#) .

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

[info@german-foreign-policy.com](mailto:info@german-foreign-policy.com)